

Markus Linden

## Wer repräsentiert die sozial Schwachen?

*Die Schere zwischen arm und reich klafft bekanntermaßen immer weiter auseinander. Doch auch bei der politischen Repräsentation macht Ungleichheit nicht halt. Dies dürfte an drei Wandlungsprozessen politischer Repräsentation liegen, die hier dargestellt werden.*

Der im Juli vom Bundeskabinett verabschiedete Sozialbericht weist für dieses Jahr eine voraussichtliche Sozialleistungsquote von 31,9 % aus. Die Höhe erbrachter sozialer Ausgaben entspricht also fast einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts, was von Seiten wirtschaftsliberaler und konservativer Kommentatoren gerne als Indiz für die scheinbar überbordende Dimension eines »entfesselten Sozialstaats« (*Die Welt*) herangezogen wird. Insbesondere Sozialdemokraten behaupten demgegenüber, dass sich in den Ausgaben die hervorragende Qualität sozialer Absicherung in Deutschland manifestiere. Der auf hohem Niveau funktionierende Sozialstaat mache die Gesellschaft gerade jetzt krisenfest.

Die beiden skizzierten Argumentationen stehen im Kontrast zu der spätestens seit Hartz IV und Agenda 2010 intensiv geführten Debatte über eine neue Unterschicht, zunehmende Prekarisierung und erweiterte Formen sozialer Exklusion. Analog zu den 2006 bekannt gegebenen Ergebnissen der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen »Prekariatsstudie« wird dabei auch über die Zunahme des »Exklusionsempfindens« (Heinz Bude/Ernst-Dieter Lantermann) berichtet, also über ein in der Bevölkerung vermehrt vorhandenes Gefühl des Ausgeschlossen-seins vom gesellschaftlichen Ganzen und seinen Teilbereichen. Diese subjektive Dimension des Ausschlusses korreliert nicht immer mit objektiven Maßstäben wie Bildung und Einkommen, tritt jedoch bei vergleichsweise schlechterer sozialer Lage ungleich häufiger auf. Offensichtlich decken



**Markus Linden**

(\* 1973) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich »Fremdheit und Armut« an der Universität Trier.

Bei *Nomos* erschien kürzlich:

*Die politische Repräsentation von Fremden und Armen.*

[lindenm@uni-trier.de](mailto:lindenm@uni-trier.de)

sich die eingangs skizzierten Elitendiskurse über die Qualität und das Ausmaß sozialer Leistungen also nicht mit der Wahrnehmung in den unteren Bevölkerungsschichten. Dafür werden die politischen Akteure verantwortlich gemacht. Insbesondere sozial Schwache sehen ihre Interessen unterrepräsentiert. Die verfügbaren Indikatoren werden zwar häufig über- bzw. einseitig interpretiert, lassen aber in ihrer Gesamtheit doch auf eine Abnahme des Repräsentationsgefühls schließen.

### Entkopplung von Parteien und Milieus, Konsensualisierung

Eine Analyse des Wandels der Bedingungen für die Vertretung sozial Benachteiligter, also insbesondere armer und armutsbedrohter Menschen, zeigt, dass das subjektive Empfinden sich auch in objektiven Faktoren widerspiegelt. Diesbezüglich können drei Tendenzen benannt werden, die zwar nicht in jedem Fall zwangsläufig auf eine Verschlechterung der Repräsentationsleistung hinauslaufen, aber in ihrem spezifischen Zusammenspiel die These von der Krise der Repräsentation sozial schwacher Bevölkerungsschichten stützen.

Seit langem beobachtbar ist erstens ein Prozess der Entkopplung von Parteien und Milieus. Insbesondere die großen Volksparteien haben an Hegemonie über ihre angestammten Wählergruppen verloren, womit gleichsam die Wahrnehmung der eigenen Funktion als Schutzmacht für deren spezifische Interessen sinkt. Diese Entwicklung wurde einerseits begünstigt durch eine gestiegene Bereitschaft zur Wechselwahl, andererseits aber auch durch die Verbreitung der in der vorgebrachten Intensität sicherlich unzutreffenden These von der inflationären Individualisierung, Entpolitisierung und Milieuauflösung. Kommunikationsstrategen und Marketingexperten spielt der Glaube daran in die Hände. Für die Repräsentation sozial Schwacher, deren Milieus sich zwar ausdifferenzieren, aber nicht auflösen, bedeutet dies, dass die Wahrnehmung ihrer Interessen am politischen Markt vergleichsweise abhängig geworden ist von den Anreizen, die sie den politischen Anbietern zu geben vermögen. Sinkt die Wahlbeteiligung in diesen Gruppen vergleichsweise stärker als in anderen Milieus, was bis jetzt insbesondere auf kommunaler und Landesebene zu beobachten ist, verringert sich die Bedeutung im Vergleich zur »Mitte«, es sei denn, die politischen Akteure erkennen gerade in den Unterschichten ein brachliegendes Aktivierungspotenzial. Diese Rolle des Auffangbeckens hat primär die Linkspartei übernommen. An der Nachhaltigkeit ihrer Repräsentationsleistung bestehen ob des in programmatischer Hinsicht teilweise archaischen und diffusen Protestcharakters jedoch erhebliche Zweifel.

In einer Konkurrenzsituation können es sich Volksparteien nicht leisten, mögliche Wählerstimmen in beträchtlichem Ausmaß abzuschreiben. So werden zweitens mögliche negative Auswirkungen der rückläufigen Milieubindung verstärkt durch einen umfassenden Konsensualisierungstrend, bei dem Verantwortlichkeiten verwischt und die politischen Angebote aus

der Sicht von Betroffenen mangels Transparenz und durch Verlagerung der jeweiligen Einflussnahme ins Informelle eingeschränkt werden. Die einseitige Fixierung auf gesamtökonomisch abgeleitete, vermeintlich gemeinwohlfördernde Politikergebnisse hat zu einer wachsenden Distanzierung sozial Schwacher geführt. Zentrale sozialpolitische Entscheidungen wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden teilweise in außerparlamentarischen Gremien – mit Teilnahme der Gewerkschaften – vorbereitet (»Hartz-Kommission«) und danach im Konsens der etablierten Parteien verabschiedet. Der »rationale«, auf ein ökonomisches Gemeinwohl ausgerichtete Charakter dieser Maßnahmen ist sozial Schwachen, die ihre Interessen in zunehmendem Maße diskreditiert sehen, offensichtlich am schwersten vermittelbar.

### **Vermarktlichung des Sozialsektors**

Vermarktlichungs- und Entkopplungstendenzen sind auch in der institutionellen und organisatorischen Ausgestaltung des Sozialsektors zu konstatieren. Diese dritte Wandlungstendenz betrifft insbesondere das Handeln der Sozialverbände als Advokaten der Interessen sozial Benachteiligter. Grundsätzlich verändert hat sich die Arbeit klassischer Großorganisationen wie Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt als Träger sozialpolitischer Maßnahmen. Deren besondere Beziehungen zu politischen Parteien sind loser geworden. Kurzfristige Förderprogramme, deren wettbewerbliche Ausschreibung und der Projektcharakter einzelner Maßnahmen schwächten nicht nur die patriarchalen Strukturen zwischen den Organisationen und ihrer Klientel, sondern erschwerten auch den direkten Einfluss der Sozialverbände auf die Politik. Die Einbringung schwacher Interessen muss also vergleichsweise häufiger und in verstärkter Konkurrenz zu anderen

Akteuren bzw. Interessen erstritten werden. Die Zeiten garantierter Einflussnahme aufgrund institutionalisierter Anbindungen scheinen vorbei. Das birgt auch Chancen für die Interessen sozial Schwacher. Die Eigenlogik eines zusehends vermarktlichten Politikfelds lässt jedoch vermuten, dass dies im Ergebnis insbesondere die Interessen jener Menschen bevorteilt, die trotz derzeitiger sozialer Benachteiligung einen potenziellen Beitrag zum ökonomischen Gesamtnutzen geltend machen können – also die »Aktivierbaren«. Der Soziologe Ingo Bode bringt die Entwicklung auf den Begriff »disorganisierter Wohlfahrtskapitalismus«. Die verbandlichen Einflusskanäle für die Belange sozial Schwacher sind fragiler geworden. Eine schwindende Beachtung derjenigen, die ihre ökonomische Systemrelevanz nicht nachweisen können und der Fürsorge keine Gegenleistung entgegenbringen wollen oder können, zeichnet sich ab.

### **Sozialdemokratische Perspektiven**

Die drei skizzierten Tendenzen korrelieren mit einer sich für viele Bürger verschärft darstellenden sozialen Lage. Beispielsweise ist der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen an der Gesamtbevölkerung rückläufig. Zudem wurde die Statussicherheit von Langzeitarbeitslosen durch die Hartz-Reformen stark eingeschränkt. Für die sich in den Arbeitsmarktreformen manifestierende Neujustierung des Gerechtigkeitsverständnisses sprechen sicherlich viele Gründe. Ein Zurück erscheint für die SPD insgesamt wenig realistisch. Gerade deshalb aber müssen, sofern die Partei die verlorenen Wählerschichten zurückgewinnen möchte, ohne in der »Mitte« Federn zu lassen, Anpassungen und Ergänzungen vorgenommen werden. Die Verlängerung der Auszahlung des Arbeitslosengelds für ältere Arbeitnehmer war ein erster Schritt in die-

se Richtung. Um dem – statistisch durchaus belegbaren – Eindruck entgegenzutreten, mit der Reformpolitik sei die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse einhergegangen, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Hierzu zählen sicherlich die konsequente Einforderung umfassender Mindestlöhne sowie die Ausweitung von Maßnahmen zur sogenannten »Teilhabebefähigung« – insbesondere am Arbeitsmarkt. Der aktivierenden Teilhabegerechtigkeit kann aus sozialdemokratischer Perspektive nur das Wort reden, wer die Marktbefähigung nicht nur durch Anreize, sondern auch durch die Bereitstellung umfassender Möglichkeiten und individueller Maßnahmen sicherzustellen vermag. Hinzu kommt, quasi als oberste Prämisse, das Primat des Politischen vor dem Ökonomischen – in diesem Fall also die Existenz eines sozial wirksamen Regulierungsinstrumentariums.

Soweit die hier nur cursorisch dargestellten Perspektiven auf der programmatischen Ebene. Langfristig wichtiger ist jedoch die politische Reaktion auf die drei Wandlungsprozesse politischer Repräsentation selbst. Diesbezüglich wird häufig auf die zugenommene Bedeutung medialer und personalisierter Kommunikation von Politik verwiesen. Strikte Ergebnisorientierung und kurzfristiges Themenmanagement sind weitere Anknüpfungspunkte für ein vermeintlich modernes politisches Handeln auf scheinbar individualisierten Wählermärkten. Damit ist jedoch hinsichtlich der Qualität politischer Repräsentation nur wenig gewonnen. Letztlich sind es Wertzuschreibungen an Parteien (»politische images«), die den Großteil der Wählerschaft leiten. Diese mögen nicht immer auf konkreter Information beruhen, gehen aber in einer politisierten Republik zumindest auf die diffuse Wahrnehmung programmatischer Schwerpunktsetzungen zurück. Insofern ist die transparente Rekonfliktivierung des Politischen, sowohl aus der Perspektive der politischen Repräsen-

tation sozial Schwacher, als auch aufgrund der Erfordernisse politischer Repräsentation im Allgemeinen und volksparteilicher Wahlerfolge im Besonderen dringend angezeigt. Dem Plädoyer von Matthias Machnig und Joachim Raschke für die Richtungswahl (NG/FH 7-8/2009) ist dringend beizupflichten.

Bezüglich der Entkopplungs- und Vermarktlichungstendenzen besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Die einstmals enge, identifikatorische Milieubindung sollte dabei gar kein Zielpunkt politischer Repräsentation sein. Sie schränkt primär positiv zu bewertende Handlungsalternativen auf Seiten von Wählerschaft und Politik unzureichend ein. Was aber nicht verloren gehen darf, ist der direkte Kontakt zwischen Parteien und Bürgern. Die Mitgliederpartei ist ein dafür alternativloses Modell, dessen Fortbestehen freilich ein stark erweitertes

Verständnis von Mitgliedschaft voraussetzt. Ebenso wie die Rekonfliktivierung des politischen Wettbewerbs wirkt auch die Reaktivierung des lokalen Parteihandelns den dargestellten Vermarktlichungstendenzen bereits a priori entgegen, und zwar aufgrund der dadurch erzielbaren Höhergewichtung des Politischen an sich. Letztlich ist die Repräsentation sozial Schwacher damit ebenso wie die generelle Qualität politischer Repräsentation eine Frage des Eigenwerts der Politik gegenüber dem Ökonomischen. Bei hinreichender Partizipation dürfte es langfristig im Eigeninteresse politischer Akteure liegen, diesen Eigenwert zu erhalten und auszubauen. Das gilt mehr denn je für die Sozialdemokratie, deren ideelle Ziele eng an die Vorherrschaft gleichberechtigender Demokratie gegenüber exkludierender Ökonomie gekoppelt sind.

*Christian Krell*

## Gleichheit – und wie die Parteien dazu stehen

*Gleichheit? Eine unerhörte Forderung! Provozierend und mutig war die Vorstellung von Gleichheit allemal, als sie mit den Vertragstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts und der Französischen Revolution die hergebrachte Ordnung radikal in Frage stellte – sowohl ideengeschichtlich wie praktisch-politisch.*

### Christian Krell

(\*1977) ist Leiter der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

Christian.Krell@fes.de



Zumindest Gleichheit vor dem Gesetz ist heute im deutschen politischen Diskurs wenig umstritten. Gleichheit in rechtlicher und politischer Hinsicht ist eine zentrale Bedingung für Demokratien. Jede Stimme zählt gleich viel. Gleichheit als Wesens-

prinzip der Demokratie wird von ernstzunehmenden Kräften nicht in Frage gestellt.

Sobald sich die Forderung nach Gleichheit jedoch auf sozio-ökonomische Dimensionen ausdehnt, beginnt die Auseinandersetzung. Mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen oder Gütern ist hoch umstritten. Konservative werden nicht müde, vor den Gefahren der »Gleichmacherei« zu warnen, die sie progressiven Kräften unterstellen. »Gleichmacherei«, egal ob im Klassenzimmer oder im Wartezimmer, werde dem Menschen nicht gerecht.

Liberale verweisen darauf, dass man zwischen einem Gleichheitsanspruch in